Entwurf
Abteilung 9 / Stand: 19. März 2014

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom über die Erhaltung und Gestaltung des Fassadenbildes im Schutzgebiet nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008

Aufgrund des § 11 Grazer Altstadterhaltungsgesetz (GAEG)°2008, LGBl. Nr. 96/2008, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 87/2013, wird verordnet:

§ 1

Erhaltung von Fassaden schutzwürdiger Bauwerke

(1) In Entsprechung zu §°1°Abs.°1°GAEG°2008 ist die Erhaltung des Fassadenbildes im Schutzgebiet nach §°2°GAEG 2008 in ihrem äußeren Erscheinungsbild Ziel dieser Verordnung.

(2) Alle wesentlichen Elemente der Fassadengestaltung, die ein gestaltwirksames Merkmal der baulichen Charakteristik schutzwürdiger Bauwerke darstellen und dadurch deren Schutzwürdigkeit mitbegründen, wie Gliederungen, Dekorelemente, Verputz, Tore und Portale, Balkone u. dgl. sowie Fenster, Balkontüren und deren Kombinationen mit inneren und äußeren Fenster- bzw. Türflügeln und deren Art der Verglasung, Einfassung und Rahmung, Lage in der Fassade bzw. zur Fassadenebene, Konstruktion und Konstruktionsdimensionierung, Höhe, Breite, Proportion und Teilung, Öffnungsart und Aufgehrichtung samt Fensterläden aller Art, Rollos, Jalousien u. dgl. zu erhalten oder bei notwendiger Erneuerung so zu gestalten, dass sie hinsichtlich ihrer Merkmale, ihrer Materialbeschaffenheit und Farbe die Charakteristik des äußeren Erscheinungsbildes des Bauwerkes nicht beeinträchtigen und sich in das äußere Erscheinungsbild des Ensembles einfügen.

(3) Die Bestimmungen dieser Verordnung zu Fenstern und Türen gelten nicht für Schaufenster im Erdgeschoß.

§ 2

Unzulässige Maßnahmen bei schutzwürdigen Bauwerken

Bei Bauwerken, die gemäß § 5 GAEG 2008 zu erhalten sind, sind wegen Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes im Sinne des § 4 GAEG 2008 jedenfalls nachstehende Maßnahmen unzulässig:

1. die Anbringung von Sprossen in aufgeklebter, aufgeklemmter oder ähnlicher Form bzw. ohne unmittelbarer Verbindung mit der Glasfläche oder zwischen Isolierglasscheiben;
2. die Anbringung von Sonnenschutzeinrichtungen vor den Außenflügeln, die der Charakteristik der Stilepoche widersprechen;
3. die Verwendung von nach außen in Erscheinung tretendem verspiegelmtem oder farblich getöntem Glas, sofern nicht im letzteren Fall der Verwendungszweck (Krankenanstalten, Museen udgl.) eine Ausnahme rechtfertigt;
4. das Entfernen oder nicht gestaltungskonforme Ersetzen von äußeren Schlagläden und Rollos;
5. die Farbgestaltung von Fassaden mittels Leucht- oder besonders greller Farben;
6. die Entfernung oder wesentliche Veränderung, auch im Material, von Fassadengliederungen und Dekorelementen;
7. die gänzliche oder teilweise Entfernung von offenen Balkonen;
8. die Anbringung von technischen Einrichtungen wie Parabolspiegeln, Antennen, Klimaanlageanlagen u. dgl. auf der Fassade;

9. die Anbringung von Wärmedämmplatten auf der Fassade.

§ 3

Planungsvorgaben für Umbauten

(1) Gemäß den Zielvorstellungen des § 1 gilt nach Maßgabe der Schutzwürdigkeit und unter Bedachtnahme auf das Erscheinungsbild des betreffenden Stadtteiles:

1. Die Anordnung der Fenster und Balkontüren innerhalb der Fassade hat dem Bestand aus der Zeit der Erbauung oder der die Fassade prägenden Stilepoche zu entsprechen;
2. Die Lage der äußeren und inneren Glasflächen in Bezug auf die Fassadenebene hat insbesondere mit der Art der Verglasung dem Bestand aus der Zeit der Erbauung oder der die Fassaden prägenden Stilepoche zu entsprechen. Die Proportion zwischen Rahmen-Flügelanteil zu Glasfläche und die Lage der Fenster, (unmittelbar in der Fassadenebene, geringfügig davor eingebaut oder in einer tieferen Laibung eingebaut) ist von besonderer Bedeutung;
3. Bei Austausch von Fenstern dürfen die neuen Fenster in Farbe, Form, Material, Konstruktion und Dimensionierung der Profile dem ursprünglichen Erscheinungsbild des Bestandes nicht widersprechen und sind so zu gestalten, dass sie der Stilepoche der Fassade entsprechen. Dies gilt besonders für die Mehrschichtigkeit, die Gestaltung der Kämpfer und Flügel, sowie der Dimension von Rahmen und Sprossen;
4. Das Material, wie beispielsweise Holz, sowie die Rahmen- und Scheibenformate sind beizubehalten;
5. Die Farben der Fenster bzw. Balkontürkonstruktionen, Fensterläden, Außenrollos und Jalousien haben sich in die Gesamtgestaltung der Fassade einzufügen.
6. Verputz, Farbgebung, Fassadengliederungen und Dekorelemente haben dem Bestand aus der Zeit der Erbauung oder der die Fassade prägenden Stilepoche zu entsprechen. Bei notwendigen Erneuerungen ist die historische Materialität aus der Zeit der Erbauung oder der die Fassade prägenden Stilepoche beizubehalten.
7. Bei Veränderungen von Balkonen darf die Balkontiefe die Hälfte der Geschoßhöhe nicht überschreiten. Balkongeländer sind offen und aus Metallstäben auszuführen. Statisch notwendige Veränderungen von Stütz- und Hängekonstruktionen haben sich in ihrer Form an den originalen Konstruktionsmerkmalen zu orientieren.
8. Außenliegende Aufzugsanlagen haben sich räumlich weitestgehend in die Fassaden einzufügen und an der vorherrschenden Fassadenmaterialität zu orientieren bzw. sollen vorzugsweise im Inneren des Bauwerkes untergebracht werden.
9. Wärmedämmelemente an der Fassade sind nur auf Bauwerken zulässig, die als nicht schutzwürdig im Sinne des § 4 GAEG 2008 gelten. Außerdem darf weder die bestehende Fluchtlinie zu den benachbarten Bauwerken oder zum Ensemble überschritten noch die Belichtungsfunktion der betreffenden Fenster beeinträchtigt werden.

(2) Die Einhaltung der in Abs. 1 Z 1 bis 5. geforderten Vorgaben ist durch planliche Darstellungen im Maßstab von zumindest 1:10, die Einhaltung der in Abs. 1 Z 6 geforderten Vorgaben durch einschlägige Fachgutachten nachzuweisen. Die Nachweispflicht obliegt dem Bewilligungswerber.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag, das ist der, in Kraft.

§ 5

Außerkrafttreten

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 25. November 1985 über die Gestaltung von Fenstern im Schutzgebiet nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz 1980, LGBl. Nr. 1/1986, außer Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Landeshauptmann Voves